

Die Ministerkrisis.

Ermborn's Verhandlungen mit den Mehrheitssozialisten.

Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Vorsitzende der Zentrumsfraktion Abg. Ermborn hat sich mit den Unterhändlern der Sozialdemokraten Hermann Müller und Doebbe in Verbindung gesetzt.

Ermborn fragte demnach zunächst, ob die Mehrheitssozialdemokraten einer noch rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernimmt. Nach der Beantwortung wandte er sich einer zweiten Kombination zu, nämlich der Fortführung der alten Koalition, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei 243 Mandate, also eine knappe Mehrheit, umfassen würde. Mit solchen knappen Mehrheiten sei in Bayern fünf Jahre, in Belgien vier Jahre mit Erfolg regiert worden. Auch diesen Gedanken lehnten die Sozialdemokraten scharfsten Widerstand entgegen. Erstens kann die Sicherheit der zukünftigen Mehrheit nicht auf die Bayerische Volkspartei des Dr. Heim begründet werden, und zweitens geben diese Parteien nur eine Schimmlerei an, die durch die Nichtwahl der Abstimmungsgebiete herbeigeführt werden sei.

Darauf brachte Herr Ermborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache, nämlich einen Block der Mitte, der aus Demokraten, Zentrum und Volkspartei bestehen würde. Zwar könnte dieser nur 188 Abgeordnete aufweisen, aber vielleicht auf wohlwollende Neutralität der Nachbarparteien, besonders der Sozialdemokraten rechnen. Die Sozialdemokraten, die doch sicher auch die Herstellung eines regierungsfähigen Kabinetts wünsche, dürfe eine solche Bildung nicht schroff ablehnen, sondern müsse die Verbindung mit der Vergangenheit und Zukunft aufrechterhalten. Sie könne ja eventuell einen Sachverwalter als „Stabschef“ im Kabinett zurücklassen. Ein allen gemeinlicher Mehrheitsminister sei vielleicht in Herrn Lehmannbach zu gewinnen. Besonders hervorzuheben sei der Vertreter des Großkapitals oder des Mittelstandes würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein.

Da die sozialdemokratische Fraktion zu einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen hätte, mußten die beiden genannten Vertreter ihre Stellungnahme bis nach erneuter Rücksprache mit ihren Angehörigen vertagen.

Die Zentrumsfraktion ist Dienstag vormittag im Reichstagsgebäude dem Reichstages zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten, in der sie sich konstituierte und sofort die politische Lage besprach. Die Fraktion machte ihre Entschlüsse von der Stellung der Demokraten abhängig, die erst am Mittwoch zusammenzutreten. Bis dahin wird Dr. Ermborn seine Verjüngung fortsetzen. Mit der Deutschnationalen Volkspartei ist bis zur Stunde noch keine Fügung genommen worden.

Ein Vorschlag des Reichsbürgerrats.

Der Präsident des Reichsbürgerrats Erpfelmann von Döbeln hat an den Reichspräsidenten zur Frage der Regierungsbildung ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er von der Tatsache ausgeht, daß auf Grund der gegenwärtigen Parteigruppierungen eine tragfähige Mehrheit nicht gebildet werden kann. Der Gedanke sofortiger Neuwahlen sei zu verwerfen, weil das Volk darin nur den Ausfluß einer Notlosigkeit der Reichsregierung sehen würde. Der einzige Ausweg besteht in der Bildung eines Kabinetts aus geeigneten Vertretern der Arbeiter, des Mittelstandes, des Beamtenstandes, von Handel, Industrie und Landwirtschaft. Aufgabe dieses Kabinetts müsse der Wiederaufbau des Vaterlandes, Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse, Abtragung der unzumutbaren Lasten, Wahrung von Ruhe und Ordnung, Schutz der Verfassung und Kampf gegen jeden gewalttätigen Unfug, von welcher Seite er auch kommt, sein. Eine solche Regierung werde den Schwerpunkt ihrer Aufgaben auf sozialer Gebiete suchen müssen, um den dringend erforderlichen Ausgleich der widerstreitenden Interessen herbeizuführen. Man solle glauben, daß für ein solches Kabinett die Unterstützung aller Parteien, die das Vaterland über Sonderinteressen stellen, vorhanden sein müsse. Der Reichsbürgerrat würde mit seinen Verbänden entschlossen hinter den Reichspräsidenten treten, wenn er eine solche Regierung zu bilden versuche.

Die neuen Fernsprechggebühren.

Massenabmeldungen von Fernsprechanhängern.

Die erhöhten Fernsprechggebühren treten am 1. Juli in Kraft. Die Kündigungfrist für Teilnehmer, die ihren Anschluß infolge der erheblichen Verteuerung der Gebühren aufheben wollen, ist am 15. ds. Mts. abgelaufen.

Die Anschlagsgebühr beträgt in Zukunft in Bayern von nicht über 50 Anschlüssen 320 Mark, bei mehr als 50 bis einschließlich 100 Anschlüssen 400 Mark, bei 100 bis 200 Anschlüssen 450 Mark, bei 200 bis 500 Anschlüssen 560 Mark, bei 500 bis 1000 Anschlüssen 600 Mark, bei 1000 bis 5000 Anschlüssen 640 Mark und steigt allmählich bis auf 800 Mark bei 50000 bis 100000 Anschlüssen.

Die Grundgebühr bei Anschluß mit Gesprächszählung beträgt in Bayern von nicht über 1000 Anschlüssen 240 Mark, bei mehr als 1000 bis einschließlich 5000 Anschlüssen 300 Mark, bei 5000 bis 10000 Anschlüssen 360 Mark und steigt bis auf 480 Mark in Bayern bei mehr als 50000 bis 100000 Anschlüssen.

Die Gesprächsgebühr beträgt 20 Pfennig für jede Verbindung.

Der einmalige Beitrag.

Ferner ist als Vorbedingung für die Befreiung der Bestehenden und die Herstellung neuer Anschlüsse von jedem Fernsprechteilnehmer ein einmaliger Beitrag von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß zu leisten. Die Zahlung kann einmalig oder in vierteljährlichen Raten von 250 Mark erfolgen. Der Beitrag wird mit 4 vom Hundert verzinst und bei Aufhebung des Anschlusses zurückgezahlt.

Die Gesprächsgebühren im Fernverkehr

betragen für eine Verbindung von nicht mehr als zwei Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometer einfl. 80 Pfg., bis zu 50 Kilometer 1 Mark, bis zu 100 Kilometer 2 Mark, bis zu 300 Kilometer 3 Mark, bis zu 500 Kilometer 4 Mark, bis zu 750 Kilometer 5 Mark, bis zu 1000 Kilometer 6 Mark und darüber hinaus 8 Mark.

Zahlreiche Abänderungen.

Die Erklärungsfür für die vom Reichspostminister über die Fernsprechteilnehmer verfaßte einmalige Beleganzahlung von 1000 Mark ist, wie bereits oben erwähnt, am 15. ds. Mts. abgelaufen. So viel bis jetzt zu erfahren war, sind bei den Postverwaltungen zahlreiche Abänderungen eingelaufen, die zum nächst ein erheblicher Anstieg an Einnahmen sich ergeben wird. Die Postbehörden sind allerdings der Ansicht, daß die frei werdenden Apparate sehr rasch wieder von neuen Teilnehmern mit Beschlag belegt werden dürften, denn es lägen bei der Post so viele Vorkerbungen auf Fernsprechanhängern vor, daß die abgehenden Teilnehmer dadurch rasch und voll ersetzt werden können. Es die Postverwaltung mit ihrer allzu fähigen Hoffnung recht behält, muß die nächste Zeit lehren. Zweifellos wird die Neuegelung der Gebühren und der geforderte 1000 Mark Beitrag viel vorgemerzte Anwärter veranlassen, auf einen Fernsprechanhänger zu verzichten.

Abwehrkraft der Fernsprechteilnehmer.

In München sind in Erwartung der Gebühren-erhöhung bis jetzt 5000 Telefonanschlüsse gefährdet worden. Auch in anderen bayerischen Städten sind massenhafte Abmeldungen eingelaufen. Als Abwehrkraft gegen die Fernsprechanhänger hat etwa ein Drittel der Halbesstädter Fernsprechteilnehmer ihren Anschluß gefährdet. Dieses Drittel stellt fast den gesamten gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand der Stadt Halbesstadt dar. Aus zahlreichen anderen Städten werden ähnliche Erscheinungen gemeldet. Wer weiß, ob der Reichspostminister sich bis zum 1. Oktober, wo die erste Teilzahlung der 1000 Markabgabe fällig ist, nicht eines Besseren wird bestimmen müssen?

Der Papst an die Oberschlesier.

Die Volkshaft des Nuntius Natti.

Wie die „Schlesische Volkszeitung“ aus Oppeln erfährt, hat der als kaiserlicher Abstimmungskommissar nach Oberschlesien entsandene Warschauer Nuntius Erzbischof Natti am Sonntag während des deutschen und polnischen Hauptfestes dieses eine Ansprache gehalten, in der er den Stadtbarren Natti beauftragte, dem treuen katholischen Volk Oberschlesiens in seinem Namen folgendes zu sagen:

„Der Heilige Vater hat mich in Euer liebes Obergeschlesien geschickt, das so reich an treuen und braven Bewohnern, die zu eurer Glückseligkeit und ihrer Frommigkeit der Heilige Vater besonders liebt.“

Gerade in dieser Schicksalsstunde, welche ganz unvernünftig die Gemüter aufwühlen läßt über die Frage, was dem Einzelnen gut und gerecht ist, will der Heilige Vater, daß die Einigkeit und in jeglicher Hinsicht frei und gerecht sei; er will, daß der Mensch auch in jeglicher Hinsicht gerecht und gerecht wird und die Ordnung, die erste Bedingung des Fortschreitens, geschützt wird. Es soll die christliche Nächstenliebe gewahrt werden, die das oberste Gesetz und das Zeichen der Anhänger Christi ist. Den Kollegen Bischöfe zu leisten bei diesem Werk der Gerechtigkeit und des Friedens der Ordnung und der Freiheit hilft mich das erhabene Kommando zu Euch. Interzessionen sollen mich dabei vor allem die ehrwürdigen Priester, die ein Vereintum der Friedens liebenden und Gerechten sind, zu arbeiten für das Volk zu tun, was sich auf Euch bezieht. Es ist ihre Pflicht, Frieden zu stiften, damit die ersten durch ihre heiligen Amt führen bringen und alle zu Gott führen und das ausführen, was das Seelenheil und Gottes Ehre unweigerlich von ihnen fordert.“

Der Nuntius erteilte hierauf im Namen des Heiligen Vaters den päpstlichen Segen.

Schutz der Sicherheit in Oberschlesien.

Die in Gleiwitz aus Anlaß der dortigen Vorfälle gewählte Deputation der Arbeiter, Angestellten und Beamtenhaft hat, da sie bei den Verhandlungen mit dem Reichsfiskus in Anbaurt in Oppeln eine Fügung baldiger Vorkerbungen zum Schutze von Sicherheit und Leben der Einwohnerchaft nicht erlangen konnte, die Reise nach Berlin fortgesetzt. Die Vertreter der genannten Staaten zeigten bei der Aussprache für die obergeschlesische Frage scharfsinniges Interesse, waren aber der Ansicht, daß hier nicht sei, sondern der Postgänger in Paris zuständig sei, und empfahlen, sich an diesen zu wenden. Nachher begab sich die Deputation in das Deutsche Konsulatsamt. Auch hier bereitete die Erörterung der Zuständigkeitsfrage angefaßt des Reichsfiskus Friedensvertrages die größten Schwierigkeiten, doch gewann die Deputation die feste Überzeugung, daß die amtliche Vertretung Deutschlands an einer glücklichen Lösung der obergeschlesischen Frage das denkbar größte Interesse habe und alles tun werde, um Obergeschlesien nicht fallen zu lassen.

Die Freigabe der Nordmark.

Abreise der interalliierten Kommission aus Flensburg. Ganz unauffällig haben alle Mitglieder der interalliierten Kommission Flensburg verlassen. Nur der Generalsekretär blieb bis Mittwoch, um die letzten Erklärungen zu treffen. Am gleichen Tage wurde in Berlin und in Kopenhagen die Notifizierung der neuen Grenzlinie vollzogen. Die Staatshoheit in der letzten Zone ist damit wieder in vollem Umfang an Deutschland übergegangen.

Mittwoch mittag wurde die Polizei übergeben. Gleichzeitig wurden die Fahnen der interalliierten Kommission auf dem Flensburger Hof mit einer kleinen Feier niedergeböhrt. Am selben Tage verließen die französischen Truppen mit der Wahn die Stadt, die englischen Truppen sind bereits am Montag eingezogen worden. Die englische Fahne auf der Marinekathedrale in Mithras ist eingezogen worden. Der Ein-

zug der deutschen Truppen erfolgt am Donnerstag. Es kommen ein Bataillon Reichswehr, 200 Reiter, 200 Mann Scherkeitswehr. Der Reichspräsident, Herr Dr. Köster und der preussische Minister des Innern trafen am Mittwoch in Flensburg ein.

Politische Rundschau.

— Berlin, 15. Juni 1920

Der Papst hat den deutschen Vertreter von Bayern und dessen Mutter empfangen.

Der Stimmenergebnis der Deutschen Volkspartei von Bayern und Niederbayern für die Reichstagswahl ist so, daß als siebenter Kandidat der Reichstagswahlpostuliert Morath in den Reichstag einzog.

Der Versuch Stoburgs an Bayern soll endgültig am 1. Juli erfolgen. Mit diesem Tage soll Regierung und Landtag auf zu bestehen.

Ein Staatspräsident für Bayern?

Die auf Beauftragung der Bayerischen Volkspartei aufgestellte Ausschusskommission hat sich für einen eigenen Staatspräsidenten für Bayern ausgesprochen. Dem Ausschuss scheint jetzt feste Gestalt anzunehmen. Gernem nehmen nach trägt man sich in den Kreisen der Reichspartei mit dem Gedanken, Herrn v. Stoburg als Staatspräsidenten und an seiner Stelle den Reichspostminister und jetzigen Landtagsabgeordneten Reichspostminister (Bayerische Volkspartei) zum Ministerpräsidenten zu machen.

Zambler für Abstimmungsreisen.

Die Wahlberechtigung getroffen, um die Abstimmungsberathung ohne Benutzung des polnischen Korridors auf dem Wasserwege nach Ostpreußen zu bringen. Für diese Fahrten eine große Menge von Dampfern geordert worden, die Ende des Monats von Kiel und Swinemünde nach Danzig nach Ostpreußen aufbrechen können. Zu diesen verpflichtet Schiffen gehören u. a. die Kieler Volksdampfer „Prinz Waldemar“, „Prinz Adalbert“ und „Prinz Sigismund“. Derzeit werden sie auf der Kieler Weichsel verwerft ausgeliefert.

Wahlfortschritt.

Bei der amtlichen Veröffentlichung des Wahlergebnisses im 21. Wahlkreis (Rassel) ergab sich, daß das Zentrum und die Sozialdemokraten in einen sich mehr erhalten, als bei der vorläufigen Feststellung. Der Zuwachs des Zentrums gleicht sich dadurch aus, daß für das Zentrum die Wahlkreis auf einen weiteren Sitz durch die Wahlkreisverbindung zum dem 22. Wahlkreis Heffen-Darmstadt nummehr entfällt. Das sozialdemokratische Mandat entfällt auf den

Schiffsteller Gustav Hoch in Hanau. Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate steigt damit auf 112. Den Deutschnationalen ist ein weiterer Sitz durch die Wahlkreisverbindung gestiegen. — In Köln hat die Wahlprüfung ergeben, daß der deutschnationalen Reichstagskandidat Fuhrmann nicht gewählt worden. — Durch Kreisverbindung im Wahlkreis Westfalen (Westfalen Nord und Süd) erhalten das Zentrum und die Unabhängigen in Westfalen je ein Mandat. — Die Christliche Volkspartei im Rheinland hat, gegen den ersten Nachrichen, kein Mandat erhalten.

Die Svaanofrenz noch nicht endgültig fest.

Nach einer Londoner Meldung sagte Lord George in Unterhaus, das Datum der Konferenz, in der die Wahlprüfung erfolgt, ist ein weiterer wichtiger Regierung noch nicht endgültig festgelegt worden, werde die Konferenz wahrscheinlich am 5. Juli beginnen. Die für Brüssel geplante Zusammenkunft der führenden englischen und französischen Staatsmänner sei nicht durch neu hervorgetretene Gesichtspunkte notwendig geworden, sondern es sei im Gegenteil stets geplant gewesen, daß die Alliierten vor der Zusammenkunft mit Deutschland untereinander eine Besprechung abhalten.

Die Reichshulskonferenz.

Nachdem am Montag die Erörterungen über das wichtige Thema der Regierungsbildung beendet worden sind, trat in den Verhandlungen der Konferenz eine zweite wichtige Phase ein. Der Dienstag und der Mittwoch sind den Arbeiten der Ausschüsse vorbehalten, deren gegen 20 vorgelegt sind. Man verhandelt über den Schulhaushalt, die Verhältnisse der Schulen, der Volkshochschulen, Arbeitsamt, Staatsbürgerschaft, über Kunstverleihung, Fortbildung, Erziehung, Schullehrer, über Lehrerbildung, Schulverwaltung, Privatfragen, Kindergärten, Schulmusik und anderes. Die Ausschüsse, die das Ergebnis der Verhandlungen auf den einzelnen Gebieten der zur Verfügung liegenden Themen zu bearbeiten und dem Plenum der Konferenz ihre Berichte vorlegen. Für diese Berichterstattung sind die letzten beiden Sitzungsstage der Reichshulskonferenz bestimmt. Die Berichterstattung der Ausschüsse wird dann die Abstimmung über die einzelnen Punkte folgen.

Erzberger ist sein Mandat aus.

Abgeordneter Erzberger erklärte, wie aus Stuttgart gemeldet wurde, auf Anfrage wegen der angeblich von ihm gemachten Erklärung, er werde sein Mandat niederlegen, wenn ihm bei seinem Eintritt in die Reichshulskonferenz die Zentrumspartei Schwierigkeiten in den Weg lege, daß er sich niemals in diesem Sinne geäußert habe.

Dr. Helfferichs Mandat.

Nach den „Preussischen Nachrichten“ hat Dr. Helfferich die Reichshulskonferenz der Deutschnationalen Partei mitgezogen, daß er auf Grund bestimmter Erwägungen nicht in den Reichshulskonferenz aufgenommen werden. Damit treten in den Reichshulskonferenz Braunshweig, Süd-Hannover und Flensburg Ersatzkandidaten an Stelle Helfferichs.

Der Steuerabzug.

Wann werden die für 1920 eingeleiteten Steueränderungen in Anrechnung gebracht?

Ueber den zehnprozentigen Steuerabzug vom Lohn und Gehalt bestehen im Publikum begründete Erwartungen, noch zahlreiche Unklarheiten. Die Klärung dieser Angelegenheiten ist um dringlicher, als ja der Steuer-

Hessischer Bankverein.

Aktiengesellschaft.

Abteilung Melsungen.

Erledigung aller bankmässigen Geschäfte.

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Zinssätzen. An- u. Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Verlosungskontrolle, Stahlpanzerschrank.

Einziehung von Zins- u. Dividendenscheinen u. verlosener Wertpapiere.

Übernahme von Vermögensverwaltungen.

Einrichtung von Scheckkonten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs.

Kirschen-Verkauf

Oberförsterei Stözingen.

Am Donnerstag, den 24. Juni
von vormittags 10 Uhr ab sollen die

Kirschen

in der Obstplantage öffentlich meistbietend verkauft werden.
Sammelplatz Oberförsterei.

Fast neues

Damen-Fahrrad

mit Torpedo und ganz neuer prima deutsche Friedensbereifung, Marke „Brennabor“ sofort sehr preiswert verkäuflich.

Carl Wiegand, Heinebach.

Zuverlässiges

Alleinmädchen

sobald oder 1. Juli gesucht. Anfangslohn 70 Mark.

Frau D. Krause, Cassel,
Hermannstraße 3.

Jedes Quantum

Heidelbeeren

zu den höchsten Tagespreisen kauft

Brauns, Neustadt.

In der Försterei Mörshausen steht eine
frischmelkende

Ziege

zum Verkauf.

J. Ziegler's

Privat-Handelsschule

CASSEL, Köhnischstraße 8

Telefon 2590

Gegründet in Cassel 1898.

Täglich beginnen f. Personen aller Stände (Damen wie Herren) neue Kurse in einfacher, dopp., amerik., landwirtsch. u. Hotel-Buchführung, Wechsel- und Handelslehre, Schön-, Recht- u. Briefschreiben, Rund- u. Lackschrift, Rechnen, Stenographie u. Maschinenschreiben.

Der gute Ruf der Schule bürgt für einen sicheren Erfolg.
Schreibeplan umsonst.

Eine Drehbank

zu verkaufen.

Kauflichhaber wollen sich am Donnerstag melden bei
Drehler Konrad Vollgrebe.

Buchdruckerei

HUGO MUNZER

Fernruf 27

Rathausstr. 141.

Fernruf 27

Anfertigung von

DRUCKSACHEN

FÜR HANDEL, GEWERBE u. INDUSTRIE

in sauberer und geschmackvoller Ausführung
zu angemessenen Preisen

Verlag d. Spangenberg Zeitung

Offene Beine

Krampfaderleiden, Geschwüre, Salzfluß, Flechten usw. behand. ohne Operation und ohne Berufsstörung

Habermann,

Heilpraktik f. Beinleiden
Cassel, Weissenburgstr. 5

Gde. Hohenzollernstraße
Sprechst. 9-1 u. 3-6,
Sonntags 10-1.

20jähr. Erfahrung.

Glänz. Dauererfolge.

Inserate

bis Dienstag Abend und
Freitag mittag erbeten.

Karbid

von Kol. 485. — f. % Kg. an
je nach Abnahme.

Alfred Hupfeld,
Großhandlung, Cassel.

Achtung!

Den Besitzern von Hühnern und Gänzen zur Kenntnis, daß ich auf meinem Grundstück auf der Weiese Gift gelegt habe.

Adam R...

Minna Graf Valentin Schwing

Verlobte

Cassel, im Juni 1920.

Ämtlicher Teil.

Lebensmittel für Versorgungsberechtigten

Auf die Lebensmittelkarten für die Versorgungsberechtigten kommt zur Verteilung:

In der Woche vom 6.—12. Juni auf Abschnitt Nr. 100 Gr. Haferflocken zum Preise von 44 Pf. 150 Gr. Marmelade und 100 Gr. Runkelrüben zum Preise von 2,60 Mk.

In der Woche vom 13.—19. Juni auf Abschnitt Nr. 100 Gr. Erbsen zum Preise von 60 Pf. 50 Gr. Nudeln zum Preise von 12 Pf.

In der Woche vom 20.—26. Juni auf Abschnitt Nr. 100 Gr. Erbsen zum Preise von 60 Pf. 60 Gr. weiße Bohnen zum Preise von 45 Pf. 150 Gr. Marmelade und 100 Gr. Speisefurzen zum Preise von 1,55 Mk.

In der Woche vom 27. 6.—3. 7. auf Abschnitt Nr. 150 Gr. Graupen zum Preise von 35 Pf. 100 Gr. Erbsen zum Preise von 60 Pf. Melsungen, den 6. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisauschusses

Nährmittel für Kinder.

Auf die Nahrungsmittelkarten für Kinder kommt für den Monat Juni zur Verteilung:

Auf Abschnitt Nr. 1: 1 Pfd. Grieß.

Auf Abschnitt Nr. 2: 1 Pfd. Hafermehl oder Roggenmehl.

Auf Abschnitt Nr. 3: 1 1/2 Pfd. Zucker.

Melsungen, den 5. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisauschusses.

Kochkäse.

Bei Bedarf an Kochkäse stelle ich den Verkaufsberechtigten des Kreises anheim, sich mit der Molkereigenossenschaft in Verbindung zu setzen.

Melsungen, den 28. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisauschusses.

Belohnung für Entdeckung von Brandstiftern

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die Hessische Brandversicherungsanstalt allgemeine Belohnung von 300 Mark demjenigen zugesichert hat, dessen Tätigkeit ein Brandstifter entdeckt und dergestalt überführt wird, daß seine rechtskräftige Verurteilung das Schwurgericht erfolgt.

Melsungen, den 2. Juni 1920.

Der Landrat.

Abladen von Schutt.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß Schutt, rat usw. nur auf dem bestimmten Plage (im Damm) abgelagert werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Spangenberg, den 15. Juni 1920.

Der Magistrat.

Die **gute** Ware liefert Höhl : Etagegeschäft in Cassel, große Rosenstr. 1211